

Ludwig
Fröhler
Peter
Oberndorfer

Recht und Organisation der Kommunal- wirtschaft

16

Institut für Kommunalwissenschaften

 iKW

Kommunale Forschung in Österreich

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	5
1. ÜBERBLICK ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEN UND ANSÄTZE ZU IHRER WISSENSCHAFTLICHEN BEWÄLTIGUNG	13
1.1. Versuche theoretischer Grundlegung	13
1.2. Faktische Spannweite kommunaler Wirtschaftstätigkeit	14
2. BEGRIFFLICHE GRENZEN UND ARTEN EIGENWIRTSCHAFTLICHER BETÄTIGUNG DURCH DIE GEMEINDE	21
2.1. Begriffliche Grenzen der Gemeindegewirtschaft	21
2.2. Daseinsvorsorge und gemeindliche Wettbewerbsteilnahme	21
2.3. Gemeindliche Bedarfsverwaltung	23
3. ORGANISATIONSFORMEN GEMEINDLICHER WIRTSCHAFTSTÄTIGKEIT	29
3.1. Die Organisationsform des gemeindlichen Eigenbetriebs	29
3.2. Die Organisationsform des rechtlich verselbständigten Gemeindeunternehmens	34
3.2.1. Selbständige Unternehmen zur interkommunalen Zusammenarbeit	35
3.2.2. Selbständige Unternehmen als Holding für Gemeindebetriebe	35
3.2.3. Selbständige Unternehmen als Träger gemeindlicher Leistungsverwaltung	36
3.3. Zur funktionellen Problematik gemeindlicher Leistungsverwaltung durch selbständige Unternehmen	37
4. RECHTLICHE GRUNDLAGEN UND GRENZEN GEMEINDLICHER WIRTSCHAFTSTÄTIGKEIT	45
4.1. Die Rechtsgrundlagen gemeindlicher Wirtschaftstätigkeit durch Eigenbetriebe	45
4.2. Grenzen gemeindlicher Wirtschaftsunternehmen	46
4.3. Der Genehmigungsvorbehalt für die Errichtung von Gemeindeunternehmen	49
4.4. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Subsidiaritätsklauseln?	51
4.5. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit sonstiger Voraussetzungen für Gemeindeunternehmen	54
5. RECHTLICHE GRUNDLAGEN UND GRENZEN EINER UNTERNEHMENSAUSGLIEDERUNG	65
6. ÜBERTRAGUNG GEMEINDLICHER VERWALTUNGSAUFGABEN AUF AUSGEGLIEDERTE UNTERNEHMEN	73
6.1. Übertragung bestehender städtischer Einrichtungen und Anlagen auf rechtlich selbständige Unternehmen	73
6.2. Übertragung nichthoheitlicher Gemeindeaufgaben	77
6.3. Übertragung hoheitlicher Gemeindeaufgaben und Wahlrecht der Gemeinde zwischen hoheitlicher und nichthoheitlicher Rechtsgestaltung	77

6.4.	Hilfstätigkeit ausgegliederter Unternehmen	80
6.4.1.	Zulässigkeit der Betrauung ausgegliederter Unternehmen mit Hilfs- tätigkeiten	81
6.4.2.	Grenzen der Hilfstätigkeit, insbesondere bei der Gebührenvor- schreibung	84
6.5.	Der Übertragungsvorgang	89
6.5.1.	Rechtsformen der Übertragung	89
6.5.2.	Abtretung gemeindlicher Gebührenforderungen an ausgegliederte Unternehmen	91
7.	DIE AUSGEGLIEDERTE KAPITALGESELLSCHAFT – DIE OPTIMALE ORGANISATIONSFORM?	97
7.1.	Aspekte der Ausgliederung	97
7.2.	Die Entlastung des gemeindlichen Haushalts	98
7.3.	Personalpolitische Maßnahmen bei Ausgliederungen	104
7.3.1.	Dürfen Beamte bei der ausgegliederten Gesellschaft verwendet werden?	105
7.3.2.	Zur verwaltungspolitischen Zweckmäßigkeit einer Beschäftigung von Gemeindebediensteten in ausgegliederten Unternehmen	108
8.	GEMEINDLICHE EINWIRKUNGSMÖGLICHKEITEN UND EIN- WIRKUNGSPFLICHTEN AUF AUSGEGLIEDERTE UNTERNEHMEN	113
8.1.	Einwirkungsmöglichkeiten	113
8.1.1.	Einflußnahme auf Grund Gesellschaftsrechts	114
8.1.2.	Einwirkung kraft schuldrechtlicher Vereinbarung	116
8.2.	Einwirkungspflichten	117
9.	KONTROLLE GEMEINDLICHER WIRTSCHAFTSTÄTIGKEIT	123
9.1.	Kontrolle durch gemeindeeigene Organe	123
9.2.	Kontrolle durch gemeindefremde Organe	126
9.2.1.	Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde	126
9.2.2.	Kontrolle durch den Rechnungshof	128
	LITERATURVERZEICHNIS	130
	SACHVERZEICHNIS	135